



Bundesrat will mehr Schutzzonen für Trinkwasser Einsatz von Pestiziden

Die Kantone sollen die Zahl der geschützten Bereiche von 60 auf rund 2800 erhöhen.

Für Wasserversorger ist es schwieriger geworden, Trinkwasser zu gewinnen, das den gesetzlichen Anforderungen genügt. Ein Grund dafür: Neue wissenschaftliche Studien haben gewisse Stoffe giftiger als früher klassifiziert, der Bund hat deshalb in bestimmten Fällen Pestizide neu eingestuft; das derzeit wohl prominenteste Beispiel ist das Fungizid Chlorothalonil. Auf die Wasserversorger könnten deshalb Investitionen in Millionenhöhe zukommen, etwa für den Bau neuer Transportleitungen oder zusätzliche Aufbereitungsanlagen. Wer soll das bezahlen? Kurt Fluri schlägt vor, eine landesweit einheitliche, möglichst verursachergerechte Lösung für die Finanzierung zu schaffen; der Bundesrat soll die entsprechenden Rechtsgrundlagen ausarbeiten, fordert der FDP-Nationalrat in einer Motion.

Der Bundesrat indes will sauberes Trinkwasser nicht mit technischen Aufbereitungsmassnahmen sichern. Vielmehr möchte er das Grundwasser, aus dem 80 Prozent des Trinkwassers gewonnen wird, vorsorglich stärker schützen; das zeigt seine Antwort auf die Motion, die er am vergangenen Mittwoch publiziert hat. Es dauert Jahre, bis verschmutztes Grundwasser wieder

sauber ist. Der bundesrätliche Plan ist also klassische Prävention, die teure Reparaturen im Nachhinein vermeiden soll.

Im Zentrum des Vorschlags stehen die sogenannten Zuströmbereiche – das sind jene Zonen, in denen die Trinkwasserfassungen vor Verunreinigungen durch Nitrat, Pflanzenschutzmittel und andere Schadstoffe geschützt sein sollen. Heute müssen die Kantone solche Bereiche nur festlegen, wenn Grundwasserfassungen bereits verunreinigt sind oder die konkrete Gefahr einer Verunreinigung besteht.

Kantone müssten zahlen

Neu will der Bundesrat eine «generelle Pflicht» einführen. Was das heisst, gibt das Bundesamt für Umwelt (Bafu) auf Anfrage bekannt: Die Pflicht zur Ausscheidung von Zuströmbereichen bestünde neu bei allen Fassungen, bei denen sich eine Verunreinigung «nicht weitgehend ausschliessen» liesse. Betroffen wären laut Bafu Gebiete mit einem grossen Anteil landwirtschaftlicher Nutzung, mit viel Siedlungs-, Gewerbe- und Industrie- und Verkehrsinfrastrukturen. In Zahlen: Von den circa 18'000 Trinkwasserfassungen landesweit wären

es rund 2800 im Mittelland und in den Alpentälern. «Dadurch können die Gefahren für das Trinkwasser zielgerichtet reduziert werden», sagt Bafu-Sprecherin Rebekka Reichlin.

Bis jetzt haben die Kantone erst 60 solche Bereiche ausgeschieden. Fachleute orten daher einen Vollzugsrückstand. Grund dafür sei, dass die Kantone die Kosten zu tragen hätten, die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen aber fehlten, sagt André Olschewski vom Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfachs, der über die Trinkwasserqualität wacht. Auch die Gemeinden und Wasserversorger seien bisher zu passiv gewesen. Setzt sich der Bundesrat im Parlament durch, käme auf die Kantone ein ziemlich grosser Brocken zu. Die Konferenz der kantonalen Bau- und Umweltdirektoren (BPUK) hielt es deshalb für am einfachsten, problematische Pflanzenschutzmittel möglichst nicht mehr zu verwenden und dazu in der laufenden Agrarreform die dafür nötigen Anreize zu setzen. «Es wäre am effizientesten, wenn der Bund gewisse Pflanzenschutzmittel gar nicht mehr zulassen würde», sagt BPUK-Generalsekretärin Mirjam Bütler.

Stefan Häne